

NEIN

KEIN NEUER AUSGLEICH
DER SOZIALHILFEKOSTEN

2 x NEIN
AM 10.02.2019

AUSGLEICHSINITIATIVE NEIN

GEGENVORSCHLAG NEIN

Baselbieter Gemeinden gegen die Ausgleichsinitiative

Medienorientierung vom 17.01.2019

Melchior Buchs, Gemeindepräsident Reinach

Markus Eigenmann, Gemeindepräsident Arlesheim

Marianne Hollinger, Gemeindepräsidentin Aesch



Medieninformation vom 17.01.2019

- Begrüssung
- Gemeinderäte sagen 2xNEIN
- Zahlen und Fakten
- Warum ist die Ausgleichsinitiative abzulehnen?
- Warum ist der Gegenvorschlag abzulehnen?
- Wie kann den stark betroffenen Gemeinden geholfen werden?
- Fragen



Begrüssung

28 basel

Schweiz am Wochenende
1. Dezember 2018

Schon ein Dutzend Gemeinden bekämpfen die Ausgleichs-Initiative

Zu den Gegnern des Begehrens gehören Reinach und Binningen, obwohl beide wohl von Ausgleichszahlungen profitieren würden

VON BENJAMIN WIELAND

Im Abstimmungskampf zur Ausgleichs-Initiative klären sich langsam, aber sicher die Fronten – und es gibt Hasardeure, zumindest in den Augen der Befürworter.

So gilt etwa Binningen als Überläuferin. Die Gemeinde könnte von den Ausgleichsleistungen profitieren. Deshalb ging das Komitee davon aus, dass der Gemeinderat sich hinter das Begehren stellt. Die Initiative, die am 10. Februar 2019 zur Abstimmung gelangt, sieht einen Ausgleich der Sozialhilfezahlungen innerhalb des Kantons vor. Da Binningen stark belastet ist, käme es wohl in den Genuss von Transferleistungen. Trotzdem will der Binninger Gemeinderat nichts von der Initiative wissen, ebenso wenig von der Alternative des Landrats. Würde dessen Gegenvorschlag angenommen, gäbe es neu einen Solidaritäts-Topf, zu äufnen für Härtefälle.

«Die Initiative könnte etwas ganz Schlimmes auslösen», sagt Mike Keller. Der Binninger FDP-Gemeindepräsident ist überzeugt: «Die Sozialhilfekosten würden insgesamt anwachsen. Es gäbe dann nur noch wenig Anreiz, die Kosten in den Griff zu kriegen. Die einzelnen Gemeinden hätten

ja de facto eine Versicherung gegen diese ungute Entwicklung und könnten die Hände in den Schoss legen.»

«Die falsche Lösung»

Anfang Woche trafen sich gegen ein Dutzend Gemeindepräsidentinnen und -Präsidenten, die der Initiative und dem Gegenvorschlag kritisch gegenüberstehen. Einer der Teilnehmer war Melchior Buchs. Der Reinacher Gemeindepräsident teilt die Befürchtungen seines Binninger Amts- und Parteikollegen. «Die Initiative ist die falsche Lösung», sagt Buchs zur «Schweiz am Wochenende». «Es käme zu einem aufwendigen Systemwechsel, den es gar nicht braucht.» Auch den Gegenvorschlag bezeichnet Buchs als nicht wünschenswert. Er würde über das Giesskannenprinzip funktionieren, sagt Buchs: «Die Härtefälle könnte man anders abfedern, etwa über den bereits bestehenden Ausgleichsfonds im Finanzausgleichsgesetz. Der Regierungsrat müsste nur über den Verordnungsweg die Gewährung von Härtebeiträgen ausbauen und vereinfachen.»

Die Initiative sieht vor, 70 Prozent der Netto-Sozialhilfekosten auf alle Gemeinden zu verteilen. Nur die übrigen 30 Prozent



«Die Initiative könnte etwas ganz Schlimmes auslösen.»

MIKE KELLER
GEMEINDEPRÄSIDENT BINNINGEN

hätten die jeweiligen Wohnortgemeinden zu tragen.

Die Initiative wurde 2016 von elf Gemeinden eingereicht, darunter Liestal. Stadtpräsident Daniel Spinnler, ebenfalls FDP, sagt auf Anfrage, er fände die Position der Kritiker widersprüchlich. Gerade Reinach habe erst kürzlich sein Budget präsentiert. Es sieht ab 2019 Millionenverluste vor. Hauptkostentreiber sind die Steuervorlage 17 und die Sozialhilfe.

«Ich hatte noch keinen Kontakt zum Reinacher Gemeinderat», sagt Spinnler. «Aber er befindet sich in einer delikaten Situation, muss er doch seinen Einwohnerinnen und Einwohnern erklären, weshalb er auf Unterstützungszahlungen verzichtet – in Zeiten, in denen die Gemeinde finanziell nicht mehr auf Rosen gebettet ist.»

Spinnler war am Montag in Oberdorf, beim offiziellen Auftakt zur Abstimmungskampagne zur Ausgleichs-Initiative. Er sagt, man werde in den kommenden Tagen die Fühler ausstrecken, ob sich noch weitere Gemeinden dem Komitee anschliessen wollen.

Genau das wollen auch die Gegner tun. Sie versichern hingegen, keine eigentliche Kampagne aufzulegen. Ihnen gehe es

darum, sagt Melchior Buchs, sich auszutauschen und die Positionen zu definieren. Erst in einem zweiten Schritt werde ein gemeinsames Argumentarium publiziert. Nein-Plakate würden jedoch sicher keine aufhängen.

Dagegen planen die elf Initiativgemeinden, gross aufzufahren. Sie gaben am Montag bekannt, 150 000 Franken in den Abstimmungskampf zu stecken. Teil davon ist eine Social-Media-Offensive.

Die Grossen wären Profiteure

Ebenfalls am Montag verteilen die Initiatoren eine Rangliste, wie stark die 85 Gemeinden von den Ausgleichszahlen profitieren würden. Liestal dürfte sich freuen: Der Baselbieter Hauptort belegt Rang 1. Gegenwärtig gibt Liestal pro Einwohner und Jahr netto 546 Franken für die Sozialhilfe aus. Bei einem Ja zur Initiative wären es noch 337 Franken. Binningen steht bei dieser Berechnung auf Rang fünf (aktuell 364 Franken, künftig 282). Ebenfalls bedeutend entlastet würde Reinach (Rang 14, gegenwärtig 280 Franken, danach 257).

Offenbar spielen derartige Rechenspiele bei den Überlegungen der Gegner aber keine entscheidende Rolle.

2 x NEIN
AM 10.02.2019

NEIN

KEIN NEUER AUSGLEICH
DER SOZIALHILFEKOSTEN

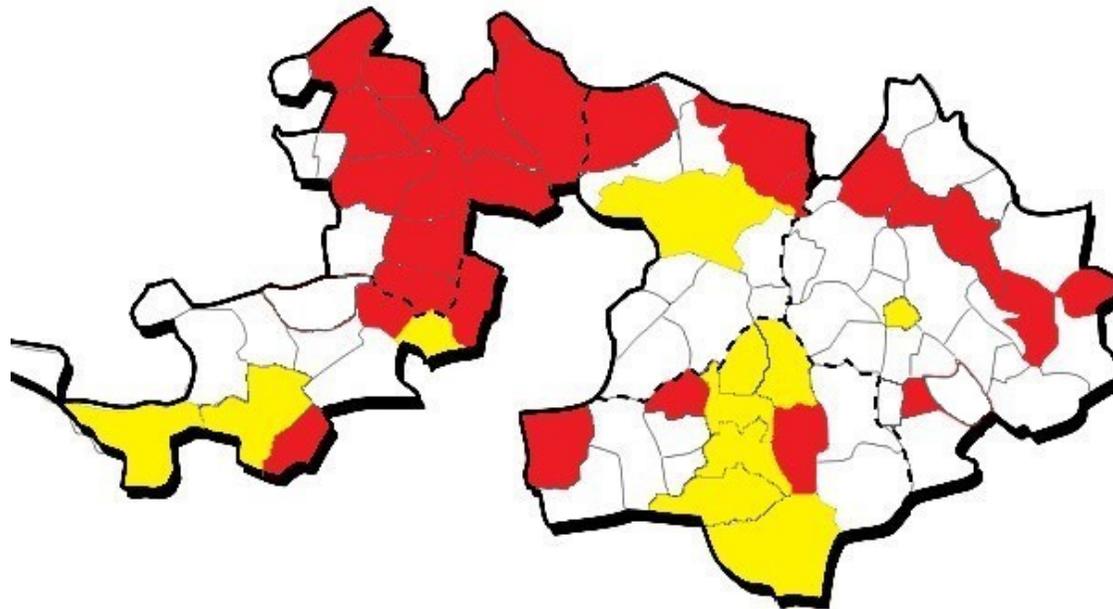
AUSGLEICHSINITIATIVE NEIN

GEGENVORSCHLAG NEIN



Gemeinderäte sagen 2xNEIN

Die Gemeinderäte der **rot eingefärbten Gemeinden** unterstützen explizit die heutige Medienmitteilung und lehnen sowohl die Ausgleichsinitiative als auch den Gegenvorschlag ab:



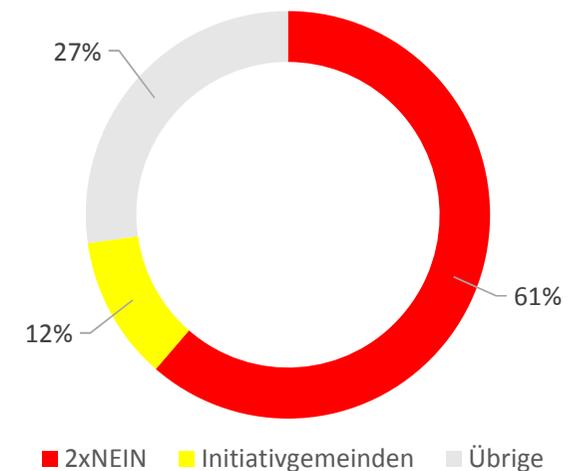
2 x NEIN
AM 10.02.2019

NEIN
KEIN NEUER AUSGLEICH
DER SOZIALHILFEKOSTEN

AUSGLEICHSINITIATIVE NEIN

GEGENVORSCHLAG NEIN

Einwohner BL



Gemeinderäte sagen 2xNEIN



Die Gemeinderäte folgender Gemeinden unterstützen explizit die heutige Medienmitteilung und lehnen sowohl die Ausgleichsinitiative als auch den Gegenvorschlag ab:

Aesch, Allschwil, Anwil, Arboldswil, Arlesheim, Arisdorf, Bennwil, Binningen, Birsfelden, Bottmingen, Bretzwil, Buckten, Duggingen, Giebenach, Hersberg, Münchenstein, Muttenz, Nenzlingen, Oberwil, Ormalingen, Pfeffingen, Pratteln, Reinach, Rickenbach, Therwil, Wahlen, Wenslingen, Wintersingen (und eine weitere Gemeinde, die nicht genannt sein will).



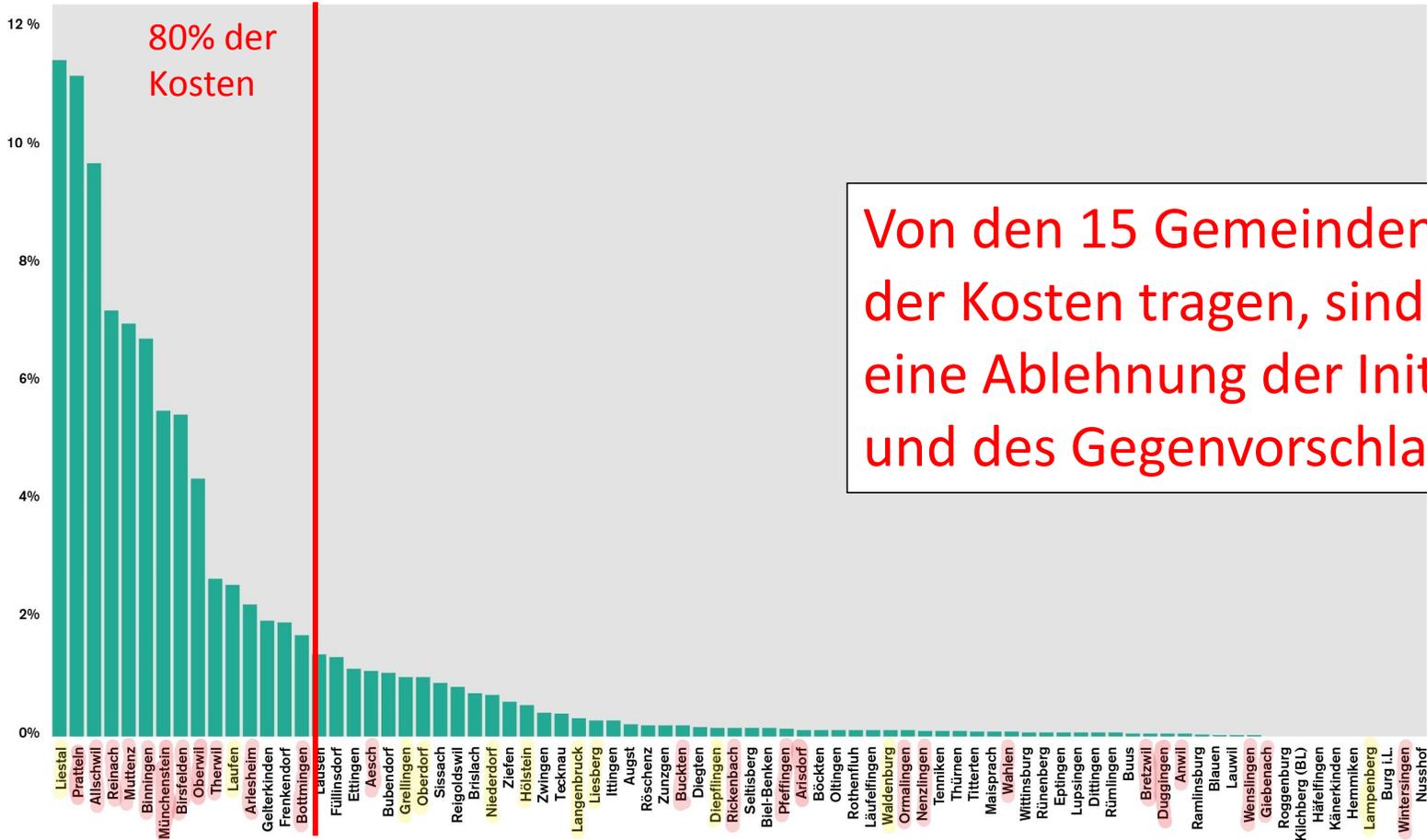
NEIN

KEIN NEUER AUSGLEICH
DER SOZIALHILFEKOSTEN

AUSGLEICHSINITIATIVE NEIN

GEGENVORSCHLAG NEIN

Zahlen und Fakten



Von den 15 Gemeinden, die 80% der Kosten tragen, sind 11 für eine Ablehnung der Initiative und des Gegenvorschlages!



Zahlen und Fakten

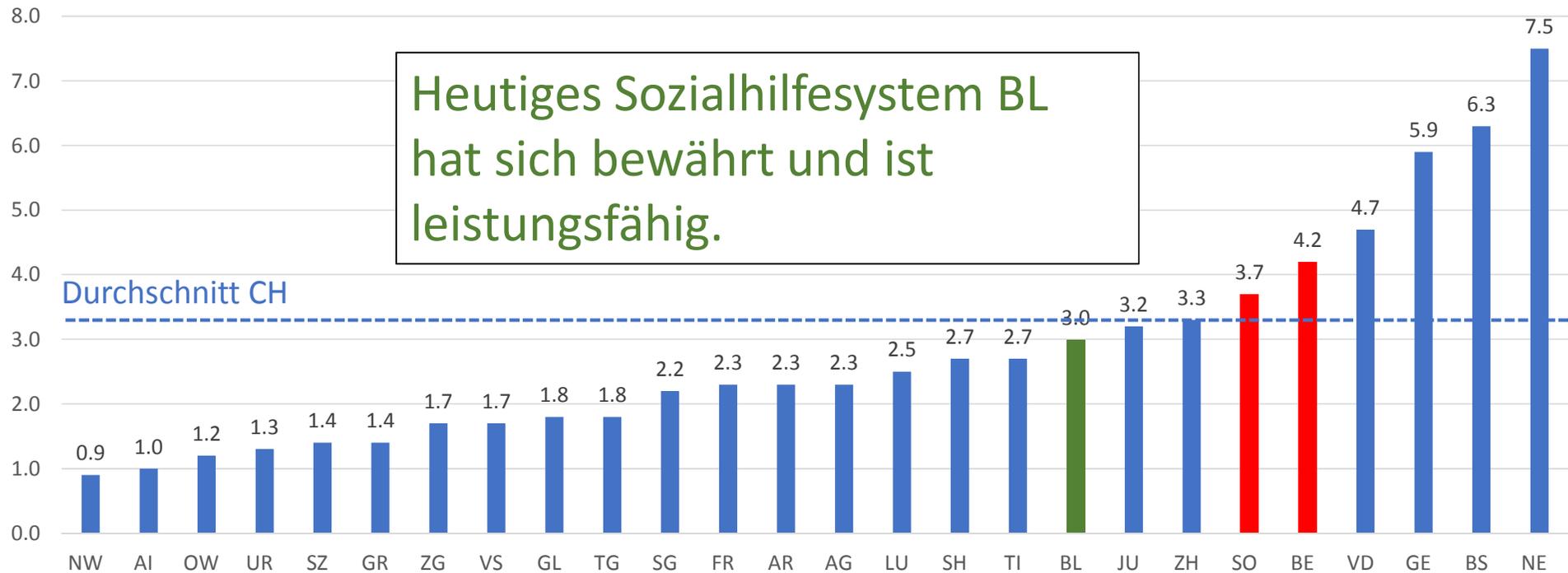
NEIN
KEIN NEUER AUSGLEICH
DER SOZIALHILFEKOSTEN

2 x NEIN
AM 10.02.2019

AUSGLEICHSINITIATIVE NEIN

GEGENVORSCHLAG NEIN

Sozialhilfequote 2017 in %



Heutiges Sozialhilfesystem BL hat sich bewährt und ist leistungsfähig.

Durchschnitt CH



Zahlen und Fakten

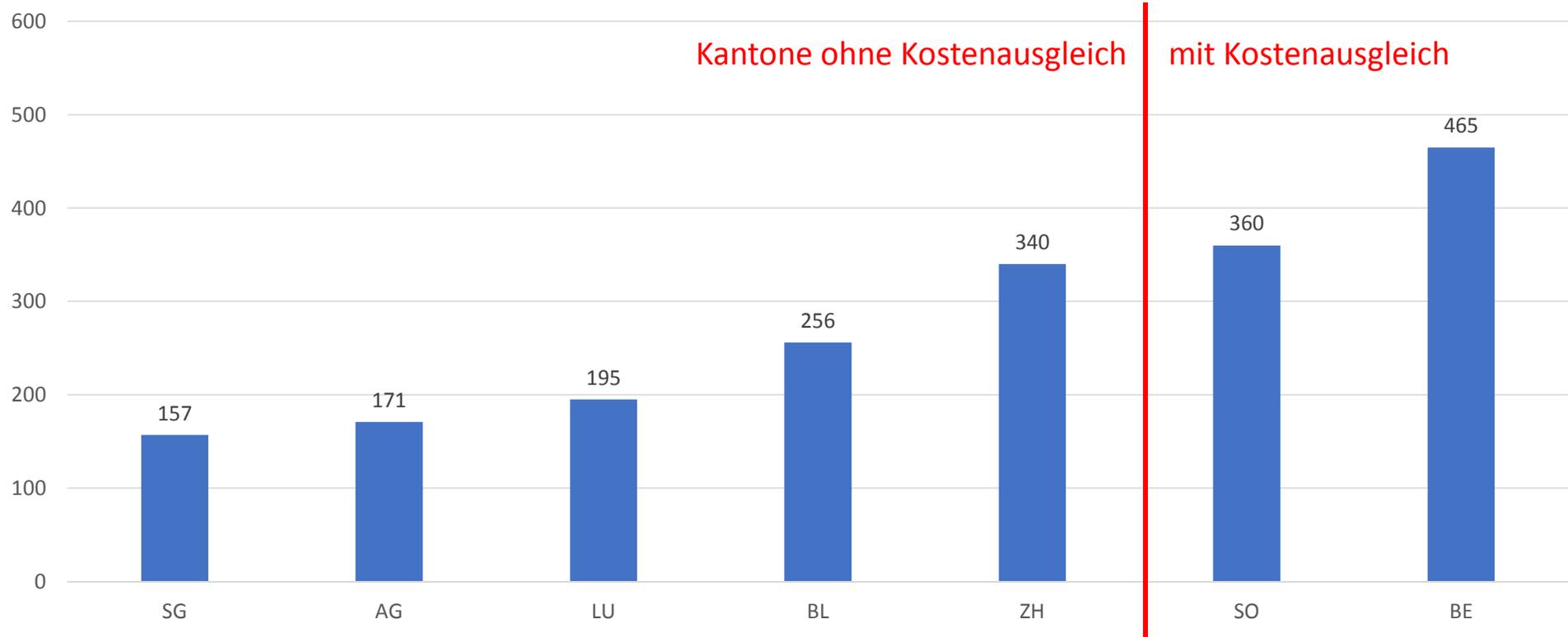
NEIN
KEIN NEUER AUSGLEICH
DER SOZIALHILFEKOSTEN

2 x NEIN
AM 10.02.2019

AUSGLEICHSINITIATIVE NEIN

GEGENVORSCHLAG NEIN

Nettoausgaben Sozialhilfe/Einwohner 2016 (CHF)



Zahlen und Fakten



Der kantonale Finanzausgleich entlastet betroffene Gemeinden bereits heute in dreifacher Hinsicht:

- Ressourcenausgleich
- Lastenabgeltung Sozialhilfe
- Härtefallbeiträge

2018 wurden den Gemeinden 80.6 Mio CHF an Ressourcenausgleich und Lastenabgeltung ausbezahlt, davon 8.4 Mio CHF für die Lastenabgeltung Sozialhilfe.



Warum ist die Initiative abzulehnen?



Kostenausgleich führt zu Mehrkosten durch Fehlanreize

- Der Anreiz zur Steuerung der eigenen Sozialhilfekosten sinkt in jeder Gemeinde.
- Dadurch steigen die Gesamtkosten der Sozialhilfe im Kanton. Wir rechnen mit einer Kostensteigerung von 20-30%.
- Unter diesen Umständen verlieren letzten Endes alle Gemeinden.
- Beim System der Ergänzungsleistungen wurde bereits deutlich, dass eine Vergemeinschaftung solcher Kosten zu Kostensteigerungen führt.



Warum ist die Initiative abzulehnen?

Umsetzung völlig un geregelt

- Die Gemeinden sollen den Kostenausgleich selber organisieren.
- Wie dies geschehen soll, bleibt unbeantwortet.
- Die Gefahr besteht, dass ein neuer Verwaltungsapparat geschaffen werden muss, oder dass der Kanton neue Vorschriften erlässt, die die Gemeinden ausbaden müssen.



Warum ist die Initiative abzulehnen?



Symptom- statt Ursachenbekämpfung

- Die Initiative löst das Problem steigender Sozialhilfekosten nicht.
- Sie führt lediglich zu einer Umverteilung der Kosten und zu einer stärkeren Trennung von Verantwortung und Finanzierung.
- Auf der Gemeindeebene lassen sich die Kosten der Sozialhilfe am besten beeinflussen.
- Instrumente dazu sind Eingliederungsprogramme, familienstützende Massnahmen, Mietzinsbeiträge, konsequente Bewirtschaftung von Rückforderungen, Sanktionen usw.



Warum ist der Gegenvorschlag abzulehnen?

- Der Gegenvorschlag überzeugt nicht.
- Es wird ein weiterer Verteiltopf geschaffen, in den alle Gemeinden Beiträge einzuzahlen haben, unabhängig vom effektiven Bedarf.
- Der Finanzausgleich wird noch komplizierter als er schon ist.
- Damit wird der Druck steigen, den Finanzausgleich als Ganzes in seiner heutigen Form in Frage zu stellen.



Wie kann den stark betroffenen Gemeinden geholfen werden?

- Die Lastenabgeltung Sozialhilfe kann überprüft und ggf. angepasst werden.
- Die Kriterien für die Auszahlung von Härtefallbeiträgen an Gemeinden, die es wirklich nötig haben, können im Bereich der Sozialhilfe gelockert werden.
- So kann das bestehende Instrument des Finanzausgleichs genutzt werden.
- Der Regierungsrat kann die Auszahlung von Härtefallbeiträgen auf dem Verordnungsweg neu regeln.



Fragen und Antworten

NEIN

KEIN NEUER AUSGLEICH
DER SOZIALHILFEKOSTEN

2 x NEIN

AM 10.02.2019

AUSGLEICHSINITIATIVE NEIN

GEGENVORSCHLAG NEIN

